



Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU seit 2013 (unter dem Aspekt des institutionellen Abkommens)

- 18.12.2013** Verabschiedung des Verhandlungsmandats für die institutionellen Fragen durch den Bundesrat.
- 09.02.2014** Annahme der Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» durch Volk und Stände.
- 22.05.2014** Erste Verhandlungsrunde zu einem institutionellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. Unterbrechung der Verhandlungen von November 2014 bis November 2015 wegen der Umsetzung der Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung».
- 24.11.2015** Wiederaufnahme der Verhandlungen über das institutionelle Abkommen.
- 16.12.2016** Verabschiedung der Umsetzungsgesetzgebung zu Artikel 121a BV durch das Parlament (Initiative «Gegen Masseneinwanderung»).
- 06.04.2017** Treffen von Bundespräsidentin Leuthard und Kommissionspräsident Juncker zum institutionellen Abkommen.
- 23.11.2017** Treffen zwischen Bundespräsidentin Leuthard und Kommissionspräsident Juncker (Angebot der EU, einen Streitbeilegungsmechanismus mit einem Schiedsgericht vorzusehen).
- 31.01.2018** Auftrag des Bundesrats an das EDA, in Zusammenarbeit mit EJPD und WBF verschiedene Punkte bei der EU zu sondieren (u. a. Streitbeilegung und Absicherung der bestehenden flankierenden Massnahmen). Zudem Auftrag an das EJPD, mögliche Zugeständnisse der Schweiz im Zusammenhang mit der Unionsbürgerrichtlinie zu prüfen.
- 05.–09.02.2018** Sondierungsgespräche mit der EU gestützt auf das Mandat des Bundesrats.
- 02.03.2018** Präzisierung des Verhandlungsmandats vom 18.12.2013 für die institutionellen Fragen durch den Bundesrat. Die Präzisierung betraf insbesondere die Streitbeilegung (schiedsrichterliche Lösung).
- 23.11.2018** Ministertreffen zwischen Bundesrat Cassis und Kommissar Hahn (Zürich). Die EU betrachtete die Verhandlungen über das institutionelle Abkommen als abgeschlossen, die Schweiz jedoch nicht.
- 07.12.2018** Entscheid des Bundesrats, Konsultationen zum Text des institutionellen Abkommens durchzuführen. Der Bundesrat erachtete das Verhandlungsergebnis in weiten Teilen als im Interesse der Schweiz. Wegen der offenen Fragen im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen und der Unionsbürgerrichtlinie der EU beschloss er jedoch, den Text vorerst nicht zu paraphieren.

- Januar 2019** EU: Formelle Weisung an die Dienststellen der Kommission, laufende Gespräche mit der Schweiz auszusetzen oder zu verzögern, bis ein Ergebnis für das institutionelle Abkommen vorliegt (Bestätigung der «Selmayr-Doktrin»: Blockierung gewisser Dossiers im Zusammenhang mit dem institutionellen Abkommen).
- Erste Hälfte 2019** Konsultationen des Bundesrats mit betroffenen Akteuren in der Schweiz.
- 07.06.2019** Verabschiedung des Konsultationsberichts durch den Bundesrat und Forderung von Klärungen in drei Punkten: Unionsbürgerrichtlinie, Lohn- und Arbeitnehmerschutz, staatliche Beihilfen. Briefliche Übermittlung dieser Punkte an Kommissionspräsident Juncker am gleichen Tag.
- Ab Sommer 2019** Ausarbeitung konkreter Lösungsvorschläge für die drei zu klärenden Punkte durch die ausserpolitische Delegation des Bundesrats in Zusammenarbeit mit Kantonen und Sozialpartnern.
- Juli 2019** EU: Nichtverlängerung der befristet gewährten Anerkennung der Gleichwertigkeit der Schweizer Börsenregulierung. Aktivierung der Schweizer Massnahme zum Schutz der Schweizer Börseninfrastruktur.
- 03.12.2019** Genehmigung des zweiten Beitrags an bestimmte EU-Mitgliedstaaten in Form von zwei Rahmenkrediten, einen für die Kohäsion und einen für die Migration. Allerdings sollen keine Verpflichtungen eingegangen werden, solange die EU «diskriminierende» Massnahmen gegen die Schweiz ergreift.
- 20.01.2020** Treffen von Bundespräsidentin Sommaruga, Bundesrat Cassis und Bundesrätin Keller-Sutter mit Kommissionspräsidentin von der Leyen (Davos).
- 27.09.2020** Ablehnung der Volksinitiative «Für eine massvolle Einwanderung» (Begrenzungsinitiative).
- 11.11.2020** Entscheid des Bundesrats über seine Position in Bezug auf die Klärungen und Wiederaufnahme der Gespräche mit der EU.
- 13.11.2020** Telefongespräch zwischen Bundespräsidentin Sommaruga und Kommissionspräsidentin von der Leyen, in dem die Schweiz der EU ihren Vorschlag in Bezug auf die Klärungen unterbreitete.
- 21.01.2021** Wiederaufnahme der Gespräche mit der EU. Nach einem ersten Treffen von Staatssekretärin Livia Leu und Stéphanie Riso, Vizekabinettschefin der EU-Kommissionspräsidentin, folgten sechs formelle Runden mit intensiven, substanziellen und konkreten Gesprächen.
- 23.04.2021** Treffen zwischen Bundespräsident Parmelin und Kommissionspräsidentin von der Leyen zwecks Bestandsaufnahme und politischer Bilanz der laufenden Gespräche.
- April–Mai 2021** Konsultation der ausserpolitischen Kommissionen und der Kantone.